

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 9. Sitzung des Verkehrsausschusses**

vom: **30.08.2022**  
von: **17:00 Uhr**  
bis: **18:00 Uhr**  
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Verkehrsausschuss:

Stv Eckhardt, Klaus	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	
Stv Englert, Franz	
Stv Heupel, Rüdiger	
AM Jagielski, Olaf	
Stv Jung, Angela	
Stv Könen, Wolfgang Max	vertritt Schoew, Torsten
AM Korczak, Dominik	vertritt Heilmann, Martin
AM Krüger, Jannik	
AM Müller, Manfred	
AM Neumann, Daniel	vertritt Waidmann, Maik
AM Neumann, Thomas	
AM Römer, Guntram	vertritt Kamieth, Jens
Stv Schneider, Silke	
Stv Six, Annette	
Stv Stinner, Jürgen	
AM Vogt, Christian	

##### Beratende Mitglieder:

AM Becker, Lothar	
AM Eckmann, Uwe	vertritt Rhode, Manfred

AM Forneberg, Michael  
AM Opterbeck, Ralf

vertritt Dörner, Andreas

Von der Verwaltung:

StBR Schumann  
Städt. BR Schreiber  
VA Hinkel  
VA Born  
VA Mockenhaupt

- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Heilmann, Martin  
Stv Kamieth, Jens  
Stv Schoew, Torsten  
AM Waidmann, Maik  
AM Dörner, Andreas  
AM Gebhardt, Ralf  
IntRM Neumann, Natalia  
AM Rhode, Manfred  
AM Schlabach, Ulrich

vertreten durch AM Korczak, Dominik  
vertreten durch AM Römer, Guntram  
vertreten durch Stv Könen, Wolfgang Max  
vertreten durch AM Neumann, Daniel  
vertreten durch AM Forneberg, Michael  
  
vertreten durch AM Eckmann, Uwe  
- entschuldigt -

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.06.2022**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**9. VerkA 30.08.2022**

**2. Fragestunde**

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

**9. VerkA 30.08.2022**

### **3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

#### **3.1 Errichtung von Fahrrad-Servicestationen - Antrag der UWG-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 201/2022

Frau Schreiber trägt vor, das Aufstellen von Fahrradservicestationen sei mit Beschluss des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität mit dem Maßnahmensteckbrief R 11 bereits beschlossen worden.

Mögliche Standorte werde die Verwaltung mit dem AK Rad- und Fußverkehr erarbeiten. Mit dem ADFC, als beratendes Mitglied im AK Rad- und Fußverkehr, müsste über die Unterhaltung und Betreuung der Stationen verhandelt werden. Dies könne mit dem in der Verwaltung zur Verfügung stehenden Personal nicht gewährleistet werden.

Die Ergebnisse würden dem Verkehrsausschuss vorgetragen.

Herr Eckmann erklärt für den ADFC die Bereitschaft zur Mitarbeit. Ergänzend wünsche man sich auf den Stationen das Aufbringen von Aufklebern mit den Standorten der Fahrradhändler sowie der Fahrradschlauchautomaten. Damit es bei Planungen berücksichtigt werden könne, merkt er an, man wolle auch auf die Händler einwirken, ähnliches an ihren Standorten zu installieren.

Auf Nachfrage von Frau S. Schneider zum Stand der beschlossenen Mobilstationen an den drei ZOBs, antwortet Herr Hinkel, der ZWS habe für die Mobilstationen Zuschussanträge gestellt. Ob bereits Bewilligungsbescheide erteilt worden seien, sei ihm jedoch aktuell nicht bekannt.

Die Maßnahme werde begrüßt, so Herr Könen. Ihn interessieren die Anzahl der Anlagen und die Höhe der Kosten ohne Fördermittel.

Die Anzahl lege der Arbeitskreis fest und richte sich nach den vorgesehenen Abständen, ob es sich um neuralgische Punkte handele oder Strecken aufgeteilt werden sollten, so dass die genaue Anzahl derzeit nicht genannt werden könne. Bezüglich der Kosten belaufen sich diese je nach den Möglichkeiten der Station zwischen 1000 und ca. 4000 Euro, so Herr Hinkel.

Die nächste Zusammenkunft des AK Fuß- und Radverkehr sei terminiert. Die Informationen der Verwaltung könnten zum jetzigen Zeitpunkt zur Kenntnis genommen werden, da die Beschlüsse im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts die umfassenderen seien, so Herr Thomas Neumann.

Herr Englert zieht für die UWG- Fraktion den Antrag zurück.

⇒ *Der Antrag der UWG- Fraktion für die Errichtung von Servicestationen wird nach Vortrag der Verwaltung zurückgezogen.*

**Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung**

**9. VerkA 30.08.2022**

**3.2      Änderung der Verkehrsführung Berliner Straße zwischen Einmündung B 54 und  
Kreuzung Morleystraße  
- Antrag der Volt- Fraktion**

Vorlage Nr. AT 208/2022

Zunächst erläutert Herr Krüger den Antrag der Volt- Fraktion.

Die Verwaltung habe sich häufiger mit dem Knoten auseinander gesetzt und schlage daher vor, in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses noch einmal zu berichten, damit auch neue Ausschussmitglieder auf dem aktuellen Stand seien, so Frau Schreiber.

Herr Krüger bittet, die Vorstellung bereits im Arbeitskreis des Verkehrsausschusses vorzunehmen, um sich bis zum nächsten Verkehrsausschuss noch einmal intern besprechen zu können.

Frau Jung regt an, die sich ergebenden Veränderungen, wie z. B. in der Hindenburgstraße, die Auswirkungen auf den gesamten Bereich haben, ebenfalls vorzustellen.

Ursächlich für die Probleme sei das Blockieren der Busspur durch die Rechtsabbieger, so Herr Könen.

⇒ *Aufgrund des Antrages der Volt- Fraktion stellt die Verwaltung in der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses die Änderung der Verkehrsführung Berliner Straße zwischen Einmündung B 54 und Kreuzung Morleystraße noch einmal vor.*

**Beratungsergebnis: Verweis in ein anderes Gremium.**

**9. VerkA 30.08.2022**

**4.      Fußverkehrs-Check 2021 in Eiserfeld, Ergebnisdarstellung und weiteres Vorgehen**

Vorlage Nr. VL 911/2022

Herr Hinkel informiert, dass die Verwaltung die Anregungen aus dem Bezirksausschuss VI aufnehmen werde, diese in dieser Vorlage aber noch nicht aufgenommen seien.

Herr Englert möchte in Sachen Schulwegsicherung noch einmal für den Bereich der Gilberggrundschule sensibilisieren, damit zur Entschärfung der Situation eine verstärkte Kontrolle der Ordnungsverwaltung erfolge. Die Probleme seien zwar bereits oft thematisiert worden, die erfolgten Maßnahmen hätten diese aber noch nicht gelöst.

Bei dem Fußwegcheck handele es sich um ein gutes Projekt. Im Rahmen mehrerer Begehungen habe man alle Probleme angesprochen und aufgenommen, so Herr Stinner. Das Umsetzen aller Maßnahmen sei aber in der Kürze der Zeit, die der Verwaltung zur Verfügung gestanden habe, nicht möglich. Er bitte, der Verwaltung entsprechend Zeit zur Umsetzung einzuräumen.

#### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Darstellung zum Fußverkehrs-Check 2021 sowie den Abschlussbericht (Anlage 1) und das Maßnahmenkatalog (Anlage 2) zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgeschlagenen Maßnahmen entsprechend der dargestellten Priorisierung (Anlage 3) auf technische und finanzielle Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und für die Umsetzung notwendige Förderanträge zu stellen.

**Beratungsergebnis: 17 Stimmen dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung(en)**

**9. VerkA 30.08.2022**

#### **5. Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen; hier: Ergebnisse der öffentlichen Auslegung und Erlass**

Vorlage Nr. VL 1004/2022

Nach kurzer Einführung von Herrn Schumann, informiert Frau Jung, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen habe im Bauausschuss beantragt, bei Wohnungen über 50 qm<sup>2</sup> Wohnfläche die Zahl der erforderlichen Fahrradstellplätze je 30 m<sup>2</sup> zusätzlichem Wohnraum um 1 zu erhöhen, da dies den Gegebenheiten und den Anforderungen für die Zukunft entsprechen würde. Da der Antrag bereits im Bauausschuss abgelehnt worden sei, werde sie heute diesen nicht wiederholen, man wolle aber versuchen für die Ratssitzung noch Mehrheiten zu finden. Dennoch wolle sie dafür werben, da es um Neubauten und nicht um vorhandene Flächen gehe. Es seien mehr Menschen mit E-Bikes unterwegs, die mehr Platz benötigten, so dass die Flächen benötigt würden. Sie halte es für sinnvoll, wenn eine moderne Stadt, die eine Verkehrswende unterstütze, in diese Richtung gehe.

An der sich ergebenden Aussprache beteiligen sich die Herren Krüger, Könen, Eckmann und Th. Neumann sowie Frau S. Schneider und Frau Jung.

Die sich ergebenden Fragen der Ausschussmitglieder zu Ablösemöglichkeiten, Doppelnutzungen von Kellern oder Garagen, Stellplatznachweise bei Nutzungsänderungen und Nutzung bzw. Berücksichtigung von Fahrradabstellanlagen werden von Herrn Schumann beantwortet. Auf die Kritik der IHK bezüglich der Anzahl der Fahrradstellplätze angesprochen,

weist er darauf hin, Grundlage der Stellplatzsatzung sei die Mustersatzung des Zukunftsnetzwerks Mobilität, wobei man bei der Anzahl Mittelwerte generiert und nicht die Höchstwerte ausgeschöpft habe. Bei Fahrradstellplätzen wolle man aufgrund der Bedeutung keine Ablösemöglichkeit vorsehen. Reduzierungen im Pkw- Bereich durch Kompensierungen seien zugelassen und stellen auch einen Anreiz dar. Würden über die geforderten Fahrradstellplätze hinaus zusätzliche geschaffen, könne dadurch der Pkw- Schlüssel reduziert werden.

Bei den Mehrfamilienhäusern teilt Herr Eckmann die Auffassung der Grünen. Bei den Kinder- und Jugendwohnheimen (Anlage 1.3) sei 1 Abstellmöglichkeit für drei Betten vorgesehen. Würden Abstellräume nicht angerechnet, sei eine Abstellmöglichkeit zu wenig.

Auf eine Anmerkung, Ziel müsse es sein, den Fokus vom Auto zum Fahrrad zu lenken, weist Herr Schumann darauf hin, um zu verhindern, dass damit öffentliche Räume zugeparkt würden, weil Investoren Möglichkeiten der Einsparung von Abstellmöglichkeiten ausschöpften, sollten bei Neubauten sowohl ausreichend Pkw- Stellplätze erstellt als auch Anreize für Fahrradstellplätze oder alternative Konzepte geschaffen werden. Noch steige die Zahl der Pkws pro Haushalt. Wenn sich dies einmal ändere und kippe, könne man nachjustieren. Noch müsse man darauf achten, dass diese Pkws die attraktiven Rad- und Fußwege nicht belegen.

Herr D. Neumann bittet zu überprüfen, dass Pkw- Abstellflächen auch als solche genutzt würden. Garagen sollten nicht als Lager genutzt oder schlimmstenfalls sogar anderweitig vermietet und das Auto auf öffentlicher Fläche abgestellt werden. Dies wird rechtlich von Herrn Schumann als schwierig angesehen. Werde eine Garage offenkundig anders genutzt, könne baurechtlich eingeschritten werden, man habe aber keine Handhabe einen Eigentümer zu verpflichten, die Vermietung der Garage so attraktiv zu gestalten, dass sie von den Bewohnern auch gemietet werde.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Ergebnisse der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis und beschließt den Erlass der Stellplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes einschließlich der beigefügten Anlagen und ergänzenden Erläuterungen.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 0 dagegen, 6 Enthaltung(en)**

**9. VerkA 30.08.2022**

gez. Eckhardt  
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt  
Schriftführerin